

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Devisenmärkte - Stahlkrise - Finanzplanung - Entwicklungspolitik - Polen

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Devisenmärkte - Stahlkrise - Finanzplanung - Entwicklungspolitik - Polen, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 1, pp. 5-6

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135148>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Devisenmärkte

### Wirbel um den Dollar

---

Als am 5. Januar der Dollar mit 2,06 DM je \$ seinen bisherigen Tiefststand erreichte, kündigten die Vereinigten Staaten an, bei den Interventionen auf den Devisenmärkten mitzuwirken. Allein diese Ankündigung führte zu einem Anstieg des Kurses um 9 Pfennig auf 2,15 DM je \$. Vorher zeigte sich, daß umfangreiche Interventionen der anderen Notenbanken und insbesondere der Bundesbank den Kursverfall des Dollar nicht bremsen konnten, auch wenn vielfach die Meinung vertreten wurde, daß der Dollar unterbewertet sei. Doch die Überlegungen, die zu einer Beurteilung eines Wechselkurses führen, wie z. B. Handelsbilanzentwicklungen, Direktinvestitionsströme und der Vergleich der Kaufkraftentwicklungen sowie die Einschätzung der wirtschaftlichen Aussichten, sind nur eine Seite der Medaille. Die andere Seite sind die Einschätzungen der Devisenhändler, die aufgrund der Tatenlosigkeit der US-Regierung annahmen, daß der Dollar noch weiter fallen würde.

Mit dem Entschluß von Washington wurden erst einmal bedrohliche Instabilitäten für das Weltwährungssystem und Gefahren für den Welthandel abgewendet. Was jetzt not tut, sind weitere amerikanische Schritte, die für einen auf Dauer stabilen Dollar sorgen. Vor allem muß das hohe amerikanische Handelsbilanzdefizit über konsequente Energiesparmaßnahmen, die die Ölimporte einschränken würden, abgebaut werden. Auch wenn weite Kreise in den USA im Interesse ihrer Exportwirtschaft gegenwärtig für einen schwachen Dollar sind, so sollten sie nicht übersehen, daß nur ein stabiler Dollar letzten Endes auch für sie von Nutzen ist. Denn ein schwacher Dollar würde über zu befürchtende Instabilitäten des Weltwährungssystems und Kompensationsmaßnahmen für die gefährdeten Exporte anderer Länder sowie mögliche weitere Ölpreiserhöhungen sich auch auf die amerikanische Wirtschaft negativ auswirken. la

## Stahlkrise

### Protektionismus als Ausweg?

---

Die zunächst nur als „Einmottung“ geplante Stilllegung einer der größten Stahlhütten des Saarlandes zeigt, daß sich die Schrumpfungprozesse in der deutschen Stahlindustrie im nunmehr vierten Krisenjahr der Branche fortsetzen. Seit 1974, dem besten Jahr dieses Wirtschaftszweiges, sind der Stahlkrise etwa 30 000 Arbeitsplätze zum Opfer gefallen, gleichzeitig ist die jährliche Rohstahlproduk-

tion mengenmäßig um ca. 27 % zurückgegangen. Als Ursachen für diese Schrumpfungprozesse sind u. a. die Aufwertung der D-Mark, die uneinheitliche Entwicklung der mit dem Stahlsektor verflochtenen Branchen sowie das durch die weltweite Rezession bedingte weltweite Überkapazitätsproblem im Stahlbereich zu nennen. Die Stahlmisere ist insofern nicht allein ein deutsches Problem. Alle Stahlwerke in der Europäischen Gemeinschaft produzieren Verluste. Auch die Stahlindustrien Japans und der USA besitzen eine niedrige Kapazitätsauslastung.

Erschwerend wirkt sich für die deutsche Stahlbranche aus, daß aufgrund der anhaltenden Stahldepression die Neigung der nationalen Regierungen zum Ergreifen protektionistischer Maßnahmen gestiegen ist. So hat zum Beispiel die Carter-Administration zum Schutz der insbesondere unter der japanischen Konkurrenz leidenden amerikanischen Stahlindustrie Mindestpreise für Stahlimporte festgesetzt. Auch die Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft laufen auf eine Einschränkung der Importkonkurrenz und einen stärkeren Dirigismus innerhalb der EG hinaus. Gleichzeitig verstärken die Regierungen der EG-Nachbarländer ihre Hilfen für die Stahlindustrie. Während durch diese Maßnahmen vielfach veraltete Anlagen am Leben gehalten werden, geraten die deutschen Stahlwerke, die als die produktivsten im EG-Raum gelten, zunehmend unter Druck. Aufgabe der Bundesregierung wird es jedoch nicht sein, den Subventionswettbewerb mitzumachen. Notwendig ist vielmehr, daß im europäischen Raum energische Schritte zur Reduzierung protektionistischer Maßnahmen eingeleitet werden. as

## Finanzplanung

### Bessere Kooperation

---

Zur Jahreswende haben sich Bund und Länder auf ein neues Verfahren im Finanzplanungsrat geeinigt, das mehr Rationalität und Effektivität für dieses höchste Koordinierungsgremium aller öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik bringen soll. Es geht im wesentlichen darum, einen festen Fahrplan bei der Aufstellung der wichtigsten volks- und finanzwirtschaftlichen Eckwerte einzuhalten. Weiterhin wird der Bund zu jeder Verhandlungsrunde seine Annahmen vorlegen, was bisher nur unvollständig bzw. zu spät geschah.

Die Tatsache, daß die Bundesländer in der Vergangenheit häufig genug unterschiedliche Wachstumsprojektionen für ihre Finanzplanungen herangezogen haben, führte in der Tendenz dazu, daß alle Länder von mehr oder weniger optimistischen Zielgrößen ausgingen und die Gefahr einer Überforderung des gesamtwirtschaftlichen Leistungsvermö-

gens nicht auszuschließen war. Die mangelhafte zeitliche Abstimmung bei der Veröffentlichung der Eckwerte erleichterte dieses Vorgehen, denn man konnte sich auf vermeintlich sachliche Gründe berufen: Die Bundesregierung ging von Zahlen des Jahreswirtschaftsberichtes (Januar) aus, während die Finanzpläne der Länder – im Laufe des Sommers erarbeitet – schon neue Erkenntnisse der Wirtschaftsentwicklung enthalten sollten.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bundesländer Mängel in der Verfahrenstechnik des Finanzplanungsrates nutzten, um ausschließlich ihre eigenen Interessen durchzusetzen; ein Vorgehen, das in einem föderalen Staat bis zu einem gewissen Grade durchaus legitim ist. Insofern ist die Absichtserklärung von Bund und Ländern ein Schritt in Richtung des oft beschworenen kooperativen Föderalismus. Es bestehen jetzt alle Chancen, daß die mehrjährige Finanzplanung ihre wirtschaftspolitische Lenkungsfunktion besser als bisher wird erfüllen können. rr

---

#### **Entwicklungspolitik**

### **Mehr Hilfe für die Ärmsten**

---

Die Bundesregierung hat dem Parlament und der Öffentlichkeit im November 1977 den Dritten Bericht zur Entwicklungspolitik vorgelegt. Damit erfüllt sie zum dritten Mal den Auftrag des Deutschen Bundestages, ihre Entwicklungspolitik darzustellen. Dieser Bericht wird in Anlehnung an die weltweiten entwicklungspolitischen Probleme wesentlich von Überlegungen geprägt, die Ärmsten in den Entwicklungsländern verstärkt in die Zusammenarbeit einzubeziehen; darüber hinaus ist dem Stand des Nord-Süd-Dialogs ein Kapitel gewidmet.

Schon in der Lageanalyse wird die Notwendigkeit einer verstärkten Förderung der Armen und des informellen Sektors in den Entwicklungsländern dargestellt. Eine Politik zur Deckung der Grundbedürfnisse setzt voraus, daß diese Länder an einer darauf gerichteten Politik aktiv mitwirken. Die Industrieländer müssen vor allem die Finanzierung von lebensnotwendigen Einfuhren übernehmen. Künftig sollen Maßnahmen in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung Klein- und Kleinstbauern mobilisieren sowie Pächter und Landlose in die ländliche Entwicklung verstärkt einbeziehen und damit den informellen Sektor in den Entwicklungsländern besonders unterstützen.

Die von der Bundesregierung vorgelegten Statistiken belegen, daß in den letzten Jahren die armen Entwicklungsländer bei der finanziellen und technischen Zusammenarbeit immer stärkere Beachtung finden. Auch in Zukunft soll diese Politik fortgeführt werden. Durch Analysen über soziale und

politische Wirkungen der Hilfe wird darüber hinaus das Instrumentarium verbessert, um wirksam die Ärmsten zu unterstützen. Mit diesen Aussagen bekräftigt der Bericht die schon früher vorgetragene Absicht der Bundesregierung, in Übereinstimmung mit der internationalen Diskussion zur Bekämpfung der Armut in den Entwicklungsländern beizutragen. Dadurch werden Inhalt und Schwerpunkte der deutschen Leistungen noch mehr als bisher bereits geschehen nach entwicklungspolitischen Gesichtspunkten ausgerichtet. mk

---

#### **Polen**

### **US-Kredite gegen Engpässe**

---

Carters Besuch in Warschau Ende 1977 brachte für Gierek zumindest ein konkretes wirtschaftliches Ergebnis. Nach einem bereits kürzlich vereinbarten 300-Mill.-\$-Kredit wurde nun eine weitere Kredittranche in Höhe von 200 Mill. \$ für Getreide- und Futtermittelkäufe in den USA zugesichert. Polen ist gerade auch im Handel mit den Vereinigten Staaten auf derartige Kredite angewiesen. Denn mit der Verachtfachung des polnisch-amerikanischen Warenaustausches seit 1970 auf ca. 1,2 Mrd. \$ im Jahre 1977, wobei zwei Drittel der polnischen Importe aus den USA aus Getreide, Futtermitteln und Lebensmitteln bestehen, verschlechterte sich die polnische Handelsbilanz zunehmend.

Die augenblickliche miserable Versorgung der polnischen Bevölkerung vor allem mit Grundnahrungsmitteln macht hohe Einfuhren auf diesem Sektor – und das nicht nur aus den USA – kurzfristig unerlässlich. Gierek weiß aber auch um die Dringlichkeit einer nachhaltig, d. h. langfristig verbesserten Versorgungslage. Mit einem veränderten wirtschaftspolitischen Konzept für die kommenden Jahre – Senkung der Investitionsquote zugunsten des Konsums, Verschiebung der Investitionsschwerpunkte auf die Konsumgüterproduktion und den Wohnungsbau – sollen die über Jahrzehnte aufgestauten Disproportionalitäten in der Wirtschaft beseitigt werden.

Gierek muß das traditionell knappe Nahrungsmittelangebot der Nachfrage anpassen, die aufgrund der hohen Realeinkommenszuwächse der letzten Jahre noch gestiegen ist. Dies ist um so notwendiger, als es offensichtlich noch immer nicht durchsetzbar ist, eine zumindest teilweise Verlagerung der Nachfrage von den Grundnahrungsmitteln auf dauerhafte Konsumgüter über eine Veränderung der Preisstruktur herbeizuführen, die in erster Linie eine drastische Erhöhung der stark subventionierten Nahrungsmittelpreise bedeuten würde. Die Unruhen im Juni 1976 haben deutlich gemacht, daß auch für Gierek „nur wenige Schritte vom Kapitäl zum Tarpejischen Felsen“ führen könnten. pp